

Brüssel, 26. Juni 2017

EU-Öko-Verordnung vor entscheidenden Gesprächen

Diesen Mittwoch wegweisende Gespräche für das Dossier / Erfolg der Verhandlungen nun von der Kompromissfähigkeit der drei Verhandlungspartner abhängig

Über anderthalb Jahre nach der Abstimmung im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments im Oktober 2015 stehen die drei Verhandlungspartner Europäische Kommission, Europäischer Rat und EU-Parlament vor einer Einigung im Dossier zur Revision der sogenannten EU-Öko-Verordnung. „Der Sonderausschuss Landwirtschaft des Europäischen Rates konnte sich heute Mittag auf ein gemeinsames neues Mandat für die abschließenden Verhandlungen einigen. Nun wird man in den Triloggesprächen am 28. Juni sehen, ob der Rat auch bereit ist, genügend Kompromisse einzugehen, sodass wir doch noch auf einen gemeinsamen Nenner kommen“, beschreibt der für die EVP-Fraktion verantwortliche Europaparlamentarier Norbert Lins die aktuelle Situation.

Bei den bisher sehr mühselig verlaufenen Verhandlungen sieht Lins aber auch die Rolle der Kommission kritisch: „Die Europäische Kommission hat in verschiedener Weise bis jetzt versucht, die unrealistischen Forderungen ihres ursprünglich vorgeschlagenen Textes einzubringen und hat so eine frühere Einigung verhindert! Ich bin gespannt, ob sie davon am Mittwoch abrückt.“

So forderte die Kommission für ökologisch produzierte Ware Rückstandsgrenzwerte auf Babynahrungsniveau und damit einhergehend ein Weggehen von der Prozesskontrolle hin zur Produktkontrolle: „Dies spiegelt aber nicht den Ansatz der Biolandwirtschaft wider! Gerade in einer kleinstrukturierten Landwirtschaft, wie wir sie in Baden-Württemberg haben, wird man auch immer geringe Mengen an Pestiziden in Ökoprodukten nachweisen können. Die Prozesskontrolle ist daher der richtige Ansatz, um die Qualität eines Bioproduktes zu gewährleisten“, erläutert der Baden-Württemberger Lins.

Die Kontrollen und Pestizidrückstände sind aber nicht die einzigen große strittigen Punkte. Zur Debatte stehen weiterhin die Ausnahmen von der Bodengebundenheit für Gewächshäuser in nordischen Ländern aufgrund der klimatischen Bedingungen, das Einführen einer europaweit funktionierenden Datenbank für Saatgut sowie das experimentelle Öffnen der Verordnung für „alte Sorten“, welche bisher in der Landwirtschaft offiziell nicht erlaubt sind.

„Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung des Biosektors in Europa unterstützen und sein Potenzial ausbauen, dabei aber die Koexistenz von konventioneller und biologischer Landwirtschaft weiterhin wahren“, beschreibt der Europaabgeordnete seine Absichten genauer.

Positiv hervorzuheben ist das beherzte Eingreifen für die Ökobauern von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt in der Schlussphase der Verhandlungen. Daher stimmt die Einigung im Rat heute Mittag den Europaabgeordneten Lins vorsichtig optimistisch: „Wäre es zu keiner Einigung im Rat gekommen, wäre das Dossier tot gewesen. So zeigt sich, dass doch noch bei allen Verhandlungspartnern der Wille vorhanden ist, die Gespräche zu einem guten Abschluss zu bringen.“ Eine letztendliche Einigung auf Biegen und Brechen will aber auch er nicht: „Ich habe lieber einen ordentlichen Gesetzestext als eine überhastete Einigung, die weder Verbrauchern noch Produzenten nutzt“, kommentiert der CDU-Politiker abschließend.

Für weitere Informationen:
Büro Norbert Lins MdEP: +32-228-37819

Hintergrund

Die neue Verordnung über ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen wurde im März 2014 von der Europäischen Kommission vorgestellt. Nach langen Verhandlungen im Europäischen Parlament, wo über 1400 Änderungsanträge der einzelnen Europaabgeordneten zu dem Dossier behandelt werden mussten, folgten im Anschluss an die Abstimmung über den Bericht im Agrarausschuss im Oktober 2015 die sogenannten Trilogverhandlungen mit dem Rat der Europäischen Union sowie der Europäischen Kommission, welche bis heute andauern.

Der ökologische Landbau in Europa hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt und ist insbesondere für Deutschland ein wichtiger Bestandteil der Landwirtschaft. Mit rund 10% ökologisch bewirtschafteter Fläche befindet sich der Sektor auch in Baden-Württemberg schon lange nicht mehr in einer Nische.